

Offene Worte

Online Nr. 119

Zeitung der LINKEN für den Barnim 22. August 2021, 31. Jahrg.

Brandenburg braucht ein Klimaschutzgesetz!

DIE LINKE im Landtag: Regelungen müssen verbindlich werden – wie in anderen Bundesländern

Endlich wird das Land Brandenburg einen Klimaplan erarbeiten, dies kündigte Ende Juni das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz. Dieser Klimaplan wurde vor einem Jahr vom Landtag beauftragt. Ergänzend beantragte DIE LINKE bereits in der damaligen Sitzung im Juni 2020, dass die im Klimaplan erarbeiteten Ziele in ein Klimaschutzgesetz für das Land Brandenburg überführt werden sollten. „Klimaziele müssen verbindlich werden“, erläutert Sebastian Walter, Fraktionschef der LINKEN im Brandenburger Landtag. „Das geht nur, wenn aus dem Klimaplan ein Gesetz wird.“ Deshalb wird DIE LINKE in der nächsten Woche im Landtag erneut beantragen, ein solches Gesetz vorzulegen und die Absichtserklärungen eines Klimaplanes rechtlich verbindlich zu machen.

Damit liegt DIE LINKE auf der Linie des Bundesverfassungsgerichtes. Das urteilte im März, dass Klimaschutzregelungen verbindlich sein müssen. Danach dürfen künftigen Generationen nicht übermäßige Lasten aufgebürdet werden, indem Klimaschutzmaßnahmen im-

mer weiter in die Zukunft verschoben werden. Sie müssen zeitnah und verbindlich realisiert werden. Bereits drei Bundesländer (Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern) haben in den letzten 12 Monaten neue oder aktualisierte Klimaschutzgesetze erlassen.

Junge Menschen aus Brandenburg haben am 30. Juni Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht eingelegt. Ihr Ziel ist es, den Landtag zu verpflichten, Klimaschutz per Gesetz zu regeln und die Lasten zeitlich gerecht zu verteilen. Sie machen geltend, dass ein regierungsinterner Plan ohne gesetzliche Grundlage zur Erreichung dieser Ziele keineswegs ausreicht. Denn unverbindliche Strategien können immer wieder verschoben werden.

„Deshalb sollte der Landtag sollte nicht die Beschlussfassung des Bundesverfassungsgerichtes abwarten, sondern den Klimaplan zum Gesetz machen“, betont Sebastian Walter. „Extremwetterereignisse, der Report des Weltklimarates belegen: Wir brauchen jetzt durchgreifende Klimaschutzmaßnahmen.“ **bc**

Kostenfrei für Kids: Plansche und Freibad

Auf Antrag der LINKEN: In Bernau ab 23. August Eintritt frei für Kinder und Jugendliche



Freibad in Bernau-Waldfrieden. Foto: bc

Die Bernauer Stadtverordnetenversammlung beschloss auf Antrag der LINKEN am 19. August, dass ab dem 23. August der Besuch der beiden öffentlichen Bademöglichkeiten in der Stadt für Kinder und Jugendliche bis zum Ende der Saison ist. Damit müssen Kids sowohl im Freibad in Bernau-Waldfrieden als auch für den großen Wasserspielplatz „Plansche“ keinen Eintritt bezahlen. „Während des „Lockdowns“ sind Kinder und

Jugendliche viel zu kurz gekommen“, erläutert Stadtverordneter Matthias Holz den Antrag seiner Fraktion. „Immer mehr Umfragen und Studien zeigen, wie sehr diese Gruppe Freizeitangebote benötigt. Deshalb will DIE LINKE mit vielfältigen Antragsideen eine Pandemie-Nachsorge für Kinder und Jugendliche betreiben. Die Corona-Pandemie ist noch nicht vorbei, aber die Atempause müssen wir nutzen“, macht Holz deutlich. **bc**

Sanktionen gegen Kuba gefährden Gesundheit

Seit 30 Jahren organisiert Cuba sí, eine Arbeitsgemeinschaft der LINKEN, Unterstützung für die karibische Insel. Noch immer ist Solidarität mit Kuba nötig.

Kuba kämpft gegen die Corona-Pandemie, die wirtschaftlichen Auswirkungen durch den Einbruch des Tourismus und die verheerende Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade einer aggressiven US-Politik: Während seiner unheilvollen Präsidentschaft hat Donald Trump nicht nur 243 weitere Sanktionen gegen Kuba erlassen. Er verfügte auch, Kuba auf die US-Liste angeblich Terror unterstützender Staaten zu setzen. Damit ist Kuba vom internationalen Zahlungsverkehr in

US-Dollar ausgeschlossen – das kommt einer Strangulierung der gesamten Wirtschaft gleich. US-Präsident Biden setzt diese grausame Politik in unverminderter Härte fort.

Auch das vorbildlich organisierte kubanische Gesundheitssystem und damit die medizinische Versorgung der Menschen stehen dadurch aktuell extrem unter Druck. Die Einfuhr von medizinischem Verbrauchsmaterial, technischen Geräten, Ersatzteilen, Medikamenten und Rohstoffen für die Arzneimittel-

produktion ist stark erschwert. Aus Kuba kommt deshalb die dringende Bitte, das nationale Gesundheitswesen mit Verbrauchsmaterial, medizinischen Geräten und Medikamenten zu unterstützen.

Cuba sí ruft zur Unterstützung auf: Bitte helfen Sie mit, Kubas Gesundheitswesen mit Material zu versorgen. Gebraucht werden Verbrauchs- und Anästhesiematerial, Spritzen, Kanülen, Schutzkleidung, OP-Handschuhe und Infusionspumpen. Cuba sí wird im

September 2021 einen Solicontainer mit dringend benötigten Hilfsgütern nach Kuba entsenden. **PM**

Spenden bitte an:

DIE LINKE/Cuba Si,
IBAN:

DE06 1005 0000 0013 2222 10
BIC: BE LA DE BE XXX,
Verwendungszweck: Kuba muss überleben/Gesundheitswesen.

Weitere Informationen:

Homepage: www.cuba-si.org
E-Mail: berlin@cuba-si.org
Tel.: 030-2400 9455

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW am
25. August